

PLENUM 2019



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Brexit: Verantwortungslosigkeit ist keine Alternative

MARTINA STAMM-FIBICH:

Gesetz zur Organspende: Strukturen stärken

CARSTEN TRÄGER:

Soli: Die arbeitende Mitte entlasten

MARTIN BURKERT:

DB: Keine Trennung von Fahrwegen und Betrieb

GABRIELA HEINRICH :

Eritrea: Gute Nachrichten aus Afrika

Verantwortungslosigkeit ist keine Alternative

Die Geschehnisse um den Brexit in Großbritannien zeigen, wie Stimmungsmache und erfundene Fakten ein Land ins politische Chaos führen können. Populismus ist verantwortungslos und keine Alternative – auch nicht für Deutschland.

Am Dienstag hat das britische Unterhaus den Ausstiegsvertrag zwischen der Europäischen Union und Großbritannien abgelehnt. Das Land steht vor dem politischen Chaos, es droht ein Brexit ohne Vertrag und damit potentiell unanschätzbare Folgen für die Wirtschaft auf beiden Seiten.



Nach der Ablehnung des Brexit-Deals durch das britische Parlament ist das künftige Verhältnis zwischen Großbritannien und der EU ungewiss. Die Stimmen für ein zweites Referendum mehren sich.
Foto: iStock.com/Alena Kravchenko

Zweieinhalb Jahre nach dem Referendum steht fest: Die Brexit-Befürworter haben die britischen Wählerinnen und Wähler belogen. Der sanfte Ausstieg, den sie versprochen haben, ist schlicht nicht möglich. Das war politisch verantwortungslos, nicht nur von Nigel Farage und seiner Unabhängigkeitspartei, sondern auch von großen Teilen der britischen Konservativen.

Nun gilt es, alle Bemühungen darauf zu richten, das Schlimmste zu verhindern. Ein ungeregelter Ausstieg Großbritanniens wäre fatal für alle Seiten. Die Briten müssen dringend zu einem Entschluss kommen, welchen Weg sie einschlagen wollen. Für uns steht fest: Die beste Möglichkeit wäre ein zweites Referendum auf Basis der Realitäten und ein Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union. Keine Entscheidung ist unumkehrbar, die Tür zu Europa wird immer offen stehen. Dafür ist auch eine Verlängerung der Verhandlungszeit denkbar.

Dass die AfD gleichzeitig mit einem Ausstieg Deutschlands aus der Europäischen Union kokettiert, ist vor diesem Hintergrund genauso verantwortungslos. Doch es passt zu einer Partei, die außer Stimmungsmache und Selbstbedienung nichts zu bieten hat und in ihrem Kampf um Aufmerksamkeit immer weiter nach rechts driftet.

Die neurechte Partei konnte 2014 erstmals in ein Parlament einziehen, in das Europaparlament. Von den damals sieben gewählten Abgeordneten haben sechs inzwischen die Partei verlassen. Die siebte, Beatrix von Storch, musste zweimal die Fraktion wechseln bevor sie nach der Bundestagswahl ausschied. In den Landtagen herrscht ein ähnliches Bild, von den Kommunalparlamenten ganz zu schweigen. Im Bundestag fällt die Partei vor allem durch unsachliche

Redebeiträge, wenig Interesse an der parlamentarischen Arbeit und explodierende Cateringkosten auf. Dass sie das Europaparlament abschaffen möchte, zu dessen Wahl sie selbst antritt, passt ins Bild. Denn auch im Bundestag wird deutlich, dass die AfD mit gezielten Lügen, Falschinformation und Denunziation das Vertrauen in das Parlament von innen heraus zu untergraben versucht.

Es ist gut, dass der Verfassungsschutz die AfD offiziell als „Prüffall“ für eine Beobachtung eingestuft hat. Zahlreiche Aussagen der AfD sind nicht mit der Garantie der Menschenwürde und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar.

Populismus ist keine Alternative. Wir kämpfen mit ehrlicher Politik für ein weltoffenes Deutschland in einem starken, einigen und sozialen Europa.



Martina Stamm-Fibich | Wahlkreis Erlangen

✉ martina.stamm-fibich@bundestag.de

☎ 030 - 227 774 22

🌐 www.stamm-fibich.de

📘 [facebook.com/martina.stammfibich](https://www.facebook.com/martina.stammfibich)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Strukturen stärken

Gesetz für mehr Organspenden verbessert Rahmenbedingungen. Die Kliniken sowie die Abläufe und Zuständigkeiten vor Ort müssen gestärkt werden.

Rund 10.000 Menschen warten in Deutschland auf ein Spenderorgan. Um das Problem zu lösen, hat die Koalition das Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende auf den Weg gebracht. In dieser Woche haben wir es in erster Lesung im Bundestag beraten. Wir wollen es noch im ersten Halbjahr 2019 beschließen.

Um die Spendenzahlen zu erhöhen, hat Gesundheitsminister Jens Spahn eine Organabgabepflicht mit Widerspruchsmöglichkeit in die Debatte gebracht. Diese lehne ich als Patientenbeauftragte der SPD-Fraktion ab. Denn das wesentliche Merkmal der Spende ist die Freiwilligkeit. Und Selbstbestimmung geht für mich, gerade bei diesem sensiblen Thema, vor.

Ein sinnvoller Ansatz für mehr Organspenden ist, die Zusammenarbeit und die Strukturen rund um die Organspende zu verbessern. Hier ist deutlich Luft nach oben. Ein entscheidender Schlüssel liegt bei den Kliniken.



Martina Stamm-Fibich diskutiert im Gesundheitsausschuss.

Foto: editorial247.com

Ihnen fehlen oft Zeit und Geld, um mögliche Organspenderinnen und Organspender zu identifizieren.

Deshalb wollen wir den Transplantationsbeauftragten mehr Zeit für ihre Aufgaben geben. Zukünftig wird es verbindliche Vorgaben für die Freistellung der Beauftragten geben. Potenzielle Organspenderinnen und Organspender sollen besser erkannt und erfasst werden. Abläufe und Zuständigkeiten müssen klar und nachvoll-

ziehbar dokumentiert und Angehörige besser betreut werden. Dafür schaffen wir mit dem Gesetz die Rahmenbedingungen.

Parallel zum Gesetzgebungsprozess wird unter Federführung der Deutschen Stiftung Organspende der „Gemeinschaftliche Initiativplan Organspende“ erarbeitet. Ziel des Initiativplans ist es, die Gesetzgebung zu ergänzen und Instrumente für die Umsetzung in den Kliniken zu erarbeiten.

Fakten zur Organspende

DIE ANZAHL der postmortalen Organspenden ist in Deutschland von 2010 bis 2017 um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Die Ursachen dieser Entwicklung wurden bislang nicht eindeutig geklärt.

DIE ANZAHL der möglichen Organspenderinnen und Organspender hat in Deutschland von 2010 bis 2015 um

13,9 Prozent von 23 937 auf 27 258 zugenommen. Diese Entwicklung ist bedingt durch eine Zunahme der Todesfälle mit einer schweren Hirnschädigung sowie dem Anteil der Patientinnen und Patienten mit einer Beatmungstherapie vor ihrem Tod.

DER RÜCKGANG der postmortalen Organspenden ist mit einem Erkennungs- und

Meldefezit der Entnahmekrankenhäuser verbunden. Trotz steigender Zahl potentieller Spenderinnen und Spender ist die Quote der umgesetzten Organspenden rückläufig.

QUELLE: Schulte, Borzikowsky, Rahmel u.a.: Decline in organ donation in Germany - a nationwide secondary analysis of all inpatient cases. Deutsches Ärzteblatt Int 2018; 115



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 [facebook.com/carstentraegermdb](https://www.facebook.com/carstentraegermdb)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Solidaritätszuschlag: Die arbeitende Mitte entlasten!

Den Solidaritätszuschlag für alle abzuschaffen wäre ungerecht. Der Koalitionsvertrag gilt: Wir wollen die Normalverdiener entlasten – die absoluten Spitzenverdiener müssen weiter einen Solidarbeitrag leisten.

Union und FDP fordern erneut die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Das wäre mit erheblichen Belastungen für den Bundeshaushalt verbunden und würde in erster Linie den Spitzenverdienern zugute kommen. Denn der Solidaritätszuschlag belastet hohe Einkommen sehr viel stärker als niedrige und mittlere Einkommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass die Topverdiener auch in Zukunft ihren Beitrag leisten. Eine vollständige Abschaffung des Solis würde etwa für die Vorstandsvorsitzenden

der 30 DAX-Konzerne ein unnötiges Steuergeschenk von durchschnittlich 140.000 Euro im Jahr bedeuten.

Wir wollen stattdessen die Mitte entlasten und halten am vereinbarten Modell fest: Bis 2021 werden wir durch eine Freigrenze mit Gleitzone die Belastung für 90 Prozent der Steuerzahler um insgesamt 10 Milliarden Euro senken. Ledige werden dann bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 61.000 Euro, Verheiratete bis zusammen 122.000 Euro überhaupt keinen Solidaritätszuschlag mehr bezahlen.

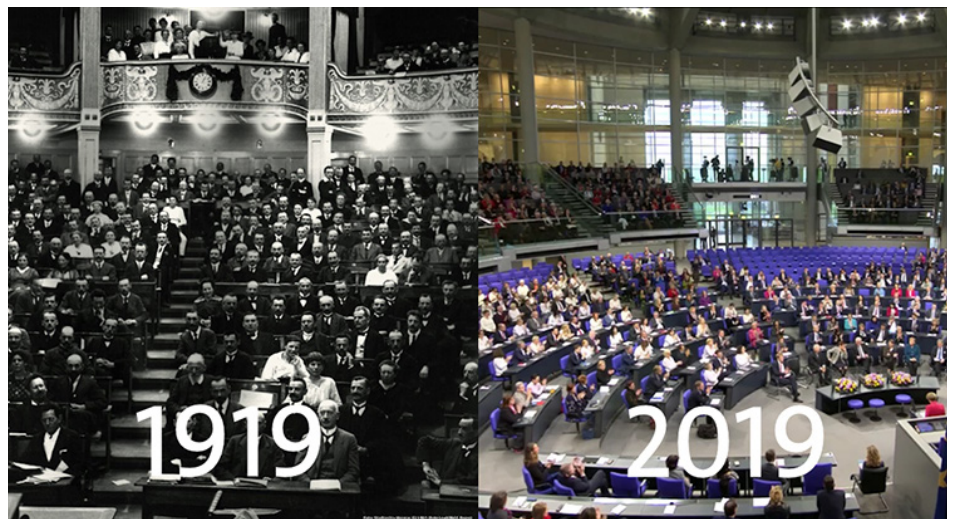
Die verbleibenden 8 Milliarden Einnahmen aus dem Soli werden dringend gebraucht – zur Stabilisierung des Rentenniveaus, für den Digitalpakt für Schulen und zum Ausbau der frühkindlichen Betreuung. Vor allem, wenn keine weiter steigenden Steuereinnahmen mehr erwartet werden

Die einzige Möglichkeit, den Solidaritätszuschlag komplett abzuschaffen, wäre durch eine Eingliederung in die Einkommenssteuer. Ein Mittel dafür könnte die Erhöhung des Spitzensteuersatzes sein, etwa auf 45 Prozent für Einkommen ab 250.000 Euro.

Feierstunde zu 100 Jahre Frauenwahlrecht

Die Forderung nach Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine sozialdemokratische Kernforderung.

Es waren Sozialdemokraten, die vor 100 Jahren das Wahlrecht für Frauen und Männer erkämpften. 1919 trugen Frauen in der Weimarer Nationalversammlung weiße Kleidung als Zeichen der neuen Vielfalt. Diese Symbolik haben wir bei der Feierstunde im Bundestag aufgegriffen. Unser Ziel bleibt: Volle Gleichstellung in allen Bereichen unserer Gesellschaft!





Martin Burkert | Wahlkreis Nürnberg Süd und Schwabach

✉ martin.burkert@bundestag.de

☎ 030 - 227 733 63

🌐 www.martin-burkert.de

📘 [facebook.com/burkertmartin](https://www.facebook.com/burkertmartin)

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Keine Trennung von Fahrwegen und Betrieb

Mehrere Anträge und ein Gesetzentwurf zur Bahnpolitik standen auf der Tagesordnung des Plenums. Zeit, um Klartext zu reden.

In der vergangenen Sitzungswoche waren mehrere Anträge der Opposition zur Bahnpolitik der Bundesregierung sowie in erster Lesung die Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes auf der Tagesordnung des Bundestages. Als Verkehrspolitiker hatte ich deshalb Gelegenheit, Klartext zu reden. Denn bei der Bahn drückt an vielen Stellen der Schuh.

Was ich klarstellen will: Die Beschäftigten sorgen an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr dafür, dass die Eisenbahn funktioniert. Ihnen darf man diesen Schuh nicht anziehen. Deshalb: Glückwunsch an die Gewerkschaften zu einem tollen Tarifergebnis, das nach schwierigen Verhandlungen mit der Deutschen Bahn vor Weihnachten noch erzielt wurde.

500 Millionen Euro hat die Deutsche Bahn an Beraterkosten in den vergangenen vier Jahren ausgegeben. Man fragt sich angesichts der vielfältigen Probleme, mit welchem Ergebnis. Mein Appell an den Bahnvorstand lautet: Lieber wieder auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hören und nicht Millionen für Berater ausgeben.

Die Probleme bei der Bahn liegen auf der Hand: Qualität und Pünktlichkeit sind im Keller. Es fehlt an Zügen und Personal. Demgegenüber stehen rund



Zeit, um Klartext zu Reden: Der Verkehrspolitiker Martin Burkert sprach im Plenum des Deutschen Bundestages zur Bahnpolitik.

zehn Prozent Führungskräfte und zu viele Zentralen. Das alles sind Symptome einer Reihe von Fehlentwicklungen der vergangenen Jahre.

Die Sparmaßnahmen unter Hartmut Mehdorn, getrieben von einem möglichen Börsengang, wirken sich bis heute aus. Ich halte das Projekt „Zukunft Bahn“ in weiten Teilen für gescheitert. Die Versäumnisse in der Vergangenheit holen Richard Lutz, Vorsitzender des DB-Vorstandes, jetzt ein. Ein Beispiel hierfür ist ein fehlendes Werk- und Instandhaltungskonzept.

Wir müssen nach 25 Jahren Bahnreform überprüfen, ob die Strukturen noch passen. Die Linksfraktion fordert in einem ihrer Anträge, den Privatisierungskurs zu verlassen. Ich sage ganz deutlich: Mit der SPD wird es keine Trennung von Fahrwegen und Betrieb geben. Damit würde keines der augenblicklichen Probleme gelöst werden, nur neue geschaffen.

Schaut man sich in Europa um, wird man kein Eisenbahnunternehmen finden, bei dem das Trennungsmodell funktioniert hat.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Zur Abwechslung einmal gute Nachrichten aus Afrika

Eritrea und Äthiopien beenden nach zwei Jahrzehnten ihren blutigen Konflikt. Deutschland kann bei Frieden, Entwicklung und Menschenrechten unterstützen.

Nach 20 Jahren haben Eritrea und Äthiopien ihren Konflikt 2018 beendet. Wenn es zu dauerhaftem Frieden kommt, bieten sich beiden Staaten ganz neue Entwicklungsmöglichkeiten – wirtschaftlich, sozial und menschenrechtlich.

Im Juli 2018 unterzeichneten Äthiopien und Eritrea eine „Gemeinsame Erklärung von Frieden und Freundschaft“. Das beendete einen lange schwelenden Konflikt, bei dem es 100.000 Tote gab. Jetzt können sich die Länder endlich um Armut, die Wirtschaft und Risiken aufgrund des Klimawandels kümmern.

Was haben wir damit zu tun?

Der Bundestag ermutigt in einem Antrag die Regierungen von Eritrea und Äthiopien, dauerhaften Frieden zu schließen. Wenn der Friedensprozess Fahrt aufnimmt und in die regionale Sicherheitsarchitektur eingebettet ist, kann er in die Nachbarländer ausstrahlen, etwa in das gebeutelte Somalia.

Und wir fordern auch die Bundesregierung auf, in Ostafrika ihre Bemühungen für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte zu intensivieren: Die Bundesregierung muss beide Regierungen dabei unterstützen, ihr Verhältnis vollständig zu normalisieren. Darüber hinaus soll sie auch auf Äthiopien

und Eritrea einwirken, sich politisch zu öffnen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben und die Menschenrechte einzuhalten.

Mein persönlicher Eindruck von Eritrea

Mit dem Innenausschuss konnte ich im Dezember nach Eritrea reisen. Bisher kannte ich Eritrea vor allem aus Flüchtlingsstatistiken. Es ist ein bitterarmes Land mit vielen Problemen. Aber als Nordkorea Afrikas kann man es nicht bezeichnen. Wir bewegten uns völlig frei im Land und hatten keinerlei Aufpasser. Mit deutschen Ärzten sahen wir uns die Arbeit von deutschen NGOs in der Gesundheitsversorgung an. Ich war mächtig beeindruckt von diesem Engagement, das seit 20 Jahren nur die direkte Hilfe für die Menschen im Auge hat – jenseits von Politik und Ideologie.

Leider gibt es zur Zeit so gut wie keine bilaterale Entwicklungszusammenar-



Neben einer Fahrt mit dem Zug über das Land, besichtigte Gabriela Heinrich das Orotta Hospital in der Hauptstadt Asmara.

beit. Aber Entwicklungsminister Müller war letztes Jahr immerhin dort. Entwicklungshilfe aus China lehnen die Eritreer übrigens ab: Diese sei nicht nachhaltig und diene eher den chinesischen Interessen. Aus meiner Sicht müsste Deutschland wirklich wieder in die Entwicklungszusammenarbeit einsteigen. Nachhaltig, versteht sich.